

EU will gegen Wohnungsnot vorgehen

Brüssel. Die Europäische Kommission will nach eigenen Angaben gegen die Krise auf dem EU-weit angespannten Wohnungsmarkt vorgehen. Dafür legte sie am Dienstag unter anderem eine Änderung der Regeln für Staatshilfen für erschwingliche Wohnungen vor. Im kommenden Jahr soll ein Gesetzesvorschlag folgen, der Kurzzeitvermietungen über Plattformen wie Airbnb schärfer reguliert. Die EU erlaubt es ihren Mitgliedstaaten bereits, unbegrenzt Staatshilfen für den sozialen Wohnungsbau zu zahlen. Der Bedarf geht nach Einschätzung aus Brüssel aber darüber hinaus. Die Kommission schafft deshalb eine neue Kategorie bezahlbarer Wohnungen, welche die 27 Regierungen ebenfalls unbegrenzt fördern dürfen. (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/514184.eu-will-gegen-wohnungsnot-vorgehen.html>